

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
(Samstags 2 Blätter und das Sct. Quirinus-Blatt.)
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pfg. — 17 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: A. Hansen.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend eingegeben; Preis für die 5-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pfg. — 1 1/2 Sgr.
Bei größeren Annoncen entsprechender Rabatt.

Der Samstagsnummer wird ein „**Illustrirtes Sonntagsblatt**“ beigegeben, welches den Abonnenten zu einem Mehrbetrag von 25 Pfg. pro Quartal mitgeliefert wird.

Fruchtpreise zu Neuß am 31. Mai.			
Weizen neuer 1. Qual.	17 40	Hafer neuer 1. Qual.	15 —
„ 2. „	16 40	„ 2. „	— —
Landroggen neuer 1. „	14 —	„ 1. Qual.	— —
„ 2. „	13 50	„ 2. Qual.	— —
Wintergerste 1. Qual.	— —	Avel	— —
„ 2. „	— —	Kartoffeln	4 —
Buchweizen 1. Qual.	— —	„ per 500 Kilo	36 —
„ 2. „	— —	„ Roggenstroh à 500 Kilo	20 —

Preise unverändert.
Rübsl per 100 Kilo in Partien von 100 Ctr. . . . 45 50
Rübsl per 100 Kilo sojweise 47 —
Gereinigt Del per 100 Kilo 3. — M. höher als Rübsl.
Preßkuchen per 1000 Kilo 109 —
Kleien per 50 Kilo 5 20
Rübsl und Kuchen unverändert.

Der Inhalt des ersten Friedensgesetzes. (Fortsetzung.)

Gerade in diese Behandlung eines ersten Friedensgesetzes hinein ist durch den Todestag unseres unvergesslichen Hermann v. Mallinckrodt († 26. Mai 1874) die Erinnerung an einen der Tapfersten der Tapferen unter unseren Vorkämpfern gefallen, deren Worten und Thaten und Beispielen wir Katholiken u. A. die Ueberzeugungskraft, Klarheit, Festigkeit, Opferfreudigkeit und Begeisterung verdanken, durch die uns der Bestand des Himmel's dieses erste Friedensgesetz erreichen ließ, durch die wir auch, wenn wir nur treu bleiben, noch weiter kommen werden. Was würde Mallinckrodt jetzt denken, fühlen, thun? — das war in allen den verschiedenen Stadien des Kulturkampfes mit seinen vielen Wechseln eine der Fragen, die sich Allen aufdrängte, welche im Vordertampfe standen, und wir dürfen glauben, daß der Verklärte aus den lichten Höhen des Jenseits fort und fort in den Kämpfen der preussischen Katholiken um die heiligsten Güter einen der herrlichsten, klarsten Lichtblicke erschaute in dem dunkeln und wirren Treiben dieses irdischen Jammerthalet. Witten in den Kämpfen, auf dem Felde der Ehre ist er gefallen, „Per ornam ad lucem“ durch Leid zur Freud“, waren die von Gott ihm eingegebenen prophetischen Worte, mit denen sein berebter Mund im Reichstage des deutschen Volkes die seinem festen und doch wieder so weichen gläubigen Herzen entströmte letzte Rede schloß. „Sollen Christen über Christliches sich nicht verständigen können?“ war die bekümmerte Frage, welche selbst aus den Fieberphantasien seines kurzen Krankenlagers heraus bewies, daß selbst da ihn noch die höchsten Gedanken beschäftigten und die grenzenlose Sehnsucht ihn verzehrte, wie Christen möchten doch nicht länger mit einander hadern und im Widerkampfe unsere, ganz andern, wahrlich notwendigen Aufgaben gewidmeten Kräfte aufreiben, sondern wir möchten uns verständigen, uns vertragen!

Dazu ist jetzt ein erster größerer Schritt geschehen, geschehen im Herrenhause wie im Abgeordnetenhaus nur dadurch, daß alle gläubigen Katholiken zusammenhanden mit der Mehrheit der gläubigen Protestanten — eine Vereinigung, welche in den Kämpfen gerade der Gegenwart unser Hermann v. Mallinckrodt für die Vorbedingung einer guten Entwicklung in Preußen und Deutschland, ja als unumgänglich betrachtete zur Abwendung eines drohend heranrückenden Umsturzes von einer Grausamkeit und Gräulichkeit, wie sie die Welt noch niemals gesehen, wie sie uns aber in tausend Zeichen der Gegenwart Schritt für Schritt immer näher rückt. Daß Glaube und Unglaube das tiefste Problem der Weltgeschichte seien und in ihrem Gegenkampfe der mächtigste, ja der zuletzt eigentlich allein entscheidende Factor der Entwicklung nicht nur der Menschheit, sondern auch der einzelnen Völker und der Einzel-Person ist, davon konnte Niemand überzeugter sein als Hermann v. Mallinckrodt, denn diese Ueberzeugung beherrschte bei ihm Alles. Und wenn der große jüngst verewigte protestantische Geschichtsforscher und Geschichtsschreiber Leopold v. Ranke ausgesprochen, „nur in der Wechselwirkung des Entgegengesetzten bewege sich das Leben des Menschengeschlechtes“, und es sei die Aufgabe der modernen Historiographie, „alle Elemente des Lebens, die zu der unversäulten Entwicklung mitwirken, zusammenzufassen und zur Anschauung zu bringen zu suchen“, so ist doch der tiefste Grund aller Entwicklung der religiöse, schon vor Christus, unvergleichlich mehr aber noch, seit das Wort Fleisch geworden ist und unter uns gewohnt hat, und das Licht in die Finsternis leuchtete, der menschgewordene Gottessohn der Welt geworden, diesen zum Falle und Jensei zur Auferstehung. Wir glauben an Eine hl. katholische und apostolische Kirche, an das letzte Gebot unseres göttlichen Heilandes von der Einheit und Einheit, und hoffen auf die Zeit des Einen Hirten und der Einen Herde. So lange aber dieses Ziel christlicher Sehnsucht und Prophetie unter Gottes Zulassung und — leider wie sehr! — durch die Schuld der Menschen noch nicht erreicht ist, da sollte der zum Glauben

an den dreieinigen Gott und den menschgewordenen von den Todten auferstandenen Sohn Gottes Jesus Christus wenigstens die Bedeutung in Preußen und Deutschland gewinnen, welche ein anderer katholischer Politiker, der preussische General und kurze Zeit auch Ministerpräsident von Adamowicz, der Freund König Friedrich Wilhelm IV., in die Worte sagte:

„Vor unseren Augen scheiden sich die Geister unter zwei Fahnen, auf deren einer der Name Christi des Sohnes Gottes steht, während unter der anderen alle sich vereinigen, denen dieser Name eine Thorheit oder ein Vergerniß ist.“

Gegenüber den ersten Kulturkampfsgesetzen gestalteten sich die Schlachtreihen einigermaßen nach diesem Bilde. Auf der einen Seite standen die gläubigen Katholiken einmütig, und doch auch, z. B. bei dem Schulaufsichtsgesetz und den ersten Maigesetzen, eine eckeliche Zahl gläubiger Protestanten im Herrenhause und Abgeordnetenhaus und auch in der protestantischen Presse und sonst im Lande. Auf der Gegenseite aber bestand die Hauptmasse aus Christknechtern aller verschiedenen Richtungen, aber allerdings doch aus zahlreichem Protestanten, die sich gläubig nannten, aber den „Haß gegen Rom“ als ein so wichtiges Angebots für den Protestantismus betrachteten, daß ihm die Bedenken gegen die Gesetze auch seitens der eigenen Kirche geopfert werden mußten, ferner solche gläubige Protestanten, die entweder die Staatsomnipotenz und die Regierung der Kirche durch die Bureaucratie für verträglich hielten mit ihrem Glauben oder wenigstens ihre Bedenken dem Willen der Regierung unterordneten, wozu conservative Protestanten ja überhaupt sehr leicht geneigt sind. Satten Anfangs, zur Zeit des Vaticanischen Concils und der darauf folgenden Hysterie, so ziemlich alle Protestanten, z. B. auch die „Kreuzzeitung“, mitgemacht, so hatte also, wie wir vorhin sahen, wenigstens ein Theil der gläubigen Protestanten, darunter die „Kreuzzeitung“, sich gegen den Kulturkampf gestellt, sobald sie an Kanzelparagraph, Schulaufsichtsgesetz u. s. w. merkten, daß man zwar bloß Rom sagte, aber Christenthum und Kirche überhaupt meinte. Aber indem ein anderer Theil der gläubigen Protestanten aus den soeben erwähnten verschiedenen Gründen doch gleich in den Kulturkampf mit eintrat, war der gläubige Protestantismus von vornherein gespalten, während die Katholiken sogleich einig waren und wie mit stählernen Ketten durch die Gefahr sich zusammengehalten fühlten alle die Jahre hindurch.

Alle die Jahre aber hatten auch auf den fest gebliebenen Theil der Protestanten noch wieder eine andere Wirkung. Sie wurden durch die Wahlen immer mehr aus den Parlamenten und auch sonst vielfach aus dem öffentlichen Leben verdrängt, und viele ließen sich auch im Laufe der Zeit immer mehr entmuthigen, fingen an zu laviren u. s. w. Und als daher aus wirtschaftlich-socialen Gründen vorzugsweise die Conservativen aus wieder zahlreicher wurden in den Parlamenten, verloren sie doch an ihrer früheren christlichen und kirchlichen Energie und Klarheit. Kaum hatten sie zum Beispiel 1882 im Abgeordnetenhaus die organische Revision der Maigesetze gefordert, und wurden dafür von den Officialen getadelt, weil das inopportun sei und die Position der Regierung Rom gegenüber schwäche, da gaben sie sofort schon beruhigende Erklärungen in ihrer Presse und schwächten ihre Forderung im Parlament immer mehr ab. Und als sie im Reichstage einstimmig für die Aufhebung des Expatrivations-Gesetzes gestimmt hatten, und dann in der folgenden Session dieses Votum hätten wiederholen sollen, da blieb nur ein Viertel von ihnen fest. So gegenüber den vom Centrum gestellten Anträgen; und kirchenpolitische Anträge aus eigener Initiative wagten sie gar nicht mehr zu stellen, sondern sie überließen die Initiative der Regierung. Diese hat ihnen ja nun möglich gemacht, das erste Friedensgesetz mit zu votiren, und im Anschlusse daran bildet nun der

Antrag Hammerstein das erste Beispiel freier conservativer Initiative auf kirchenpolitischem Gebiete und wird zugleich, da die Gouvernemente und Mittelparteien widerstehen, die Probe abgeben auf die Festigkeit und Einigkeit der gläubigen und conservativen Protestanten. Wir haben da (so sagt die Germania) nicht allzuviel Vertrauen, und sind um so mehr erstaunt, aus Anlaß unseres ersten Artikels über das erste Friedensgesetz in der „Post“ behauptet zu lesen, wir Katholiken wollten uns gewissermaßen in's Schleppjahn der conservativen Action begeben. Die „Post“ schreibt nämlich:

Nicht ohne Interesse ist die Art und Weise, wie die Germania die Forderungen der evangelischen Hochkirchlichen für ihre Antipathie zu verwerthen sucht. In einer Betrachtung über den Inhalt des „ersten Friedensgesetzes“ hebt sie hervor, daß die immense Mehrheit der katholischen Theologen nach wie vor auf die theologischen Facultäten der Staatsanwaltschaften angewiesen sein werde, und diese Thatsache müsse dahin führen, allenthalben den Bischöfen den gebührenden Einfluß auf Lehrplan und Einrichtungen, Professoren und Studenten dieser theologischen Facultäten zu verschaffen und zu sichern.

„Auch auf protestantisch-conservativer Seite erstrebt man diese Umgestaltung“ sagen wir zuerst und haben also gewiß nicht die Initiative der protestantischen Seite zuweisen wollen. Die Frage der katholisch-theologischen Facultäten an den Staatsanstalten ist, wie die „Post“ bei einiger Kenntniß der Kirchengeschichte wissen könnte, seit Jahrzehnten schon oft in Preußen der Gegenstand der Verhandlungen und zuweilen auch des Streites zwischen Kirche und Staat gewesen, seit fünfzehn Jahren ist sie unendlich häufig besprochen worden, zuletzt noch zwei oder dreimal bei Besprechung der Regierungsvorlage zum ersten Kirchengesetz vor einigen Monaten. Wir haben also keine protestantische Initiative abgewartet und werden auch ohne dieselbe alle unsere Forderungen durchzusetzen suchen.
(Fortf. folgt.)

Die Antipolenvorlagen im Abgeordnetenhaus.

CPC. Berlin, 28. Mai. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute in zweiter Lesung mit dem Nachtragsetat, welcher bekanntlich Forderungen für antipolnische Schulzwecke in Höhe von 2,900,000 M. enthält.

Zur Debatte werden zunächst gestellt der Stipendienfonds für Universitäts-Studierende (100,000 M.) und der Stipendienfonds für Gymnasialisten aus den Provinzen Westpreußen und Posen, sowie aus dem Regierungsbezirk Oppeln, (50,000 M.) beide nur für Studierende resp. Schüler „deutscher Herkunft“.

Zunächst erklärte der Abg. Mottly Namens der polnischen Fraction, daß sie gegen die Positionen stimmen würden, weil dieselben der Verfassung wie den Forderungen der allgemeinen Gerechtigkeit widersprächen. Er weist darauf hin, wie gefährlich es sei, wenn man einem Theil der Unterthanen einen Theil ihrer Rechte nehme, weil man sie dadurch auch von einem Theil ihrer Pflichten entbinde. Die preussischen Polen hätten keineswegs die königlichen Verordnungen verweigert, denn die Aufstände von 1830 und 1863 hätten gar nicht in Preußen stattgefunden und für die Teilnehmer der Bewegung von 1848, die ja ihre Strafe empfangen, dürfe man nicht das ganze Volk verantwortlich machen. Man verlange von den Polen eine Antwort über ihre Gedanken bezüglich der Wiederherstellung eines Polenreiches, der Staat aber hat nicht das Recht, nach Gefinnungen zu forschen, solange diese nicht in Thaten umgesetzt würden. Es sei kein Verbrechen, wenn sie nicht vergäßen, was ihre Vorfahren gewesen.

Abg. Dr. Porck hebt einige specielle Bedenken gegen die Stipendienfonds hervor. Dieselben bezwecken eine Dresur von Beamten zur Vernichtung des Polonismus, die weder politisch noch segensreich sei. Wenn nur die Leute deutscher Herkunft berücksichtigt werden sollen, so sei das eine Zurücksetzung der Polen. Es liege gar kein Grund vor, diese Vorlage auf Oberschlesien auszudehnen, denn ein Vorrecht deutscher Herkunft habe man in Oberschlesien bis jetzt nicht geltend gemacht, auch sei gar kein Bedürfnis vorhanden die große Zahl der obereschlesischen Candidaten noch zu vermehren, um Leute nach Oberschlesien zu schicken, welche nicht bloß den sprachlichen sondern auch den religiösen Verhältnissen Oberschlesiens durchaus fern seien. Redner citirt schließlich ehrende Zeugnisse der Fürsorge v. Dispenbrock und Förster über die Oberschlesier und schließt mit dem Wunsch, daß die Beamten, welche die Regierung nach Oberschlesien schickt, durchweg von den Gefinnungen befreit sein möchten, von welchen heraus diese beiden preussischen Bischöfe das obereschlesische Volk angesehen haben.

Abg. Neubauer (Pole) hebt gleichfalls die Verfassungswidrigkeit des beabsichtigten Vorgehens hervor und befürchtet von derselben nur eine Verbitterung der polnischen Bevölkerung, welche noch weniger in der Lage sei, als die deutsche, ihren Kindern eine angemessene Erziehung zu Theil werden zu lassen.

Kultusminister Dr. v. Goltz bestreitet, daß die Verfassungsbestimmung, nach der alle Preußen vor dem Gesetze gleich wären, jedem Staatsbürger den gleichen Anspruch auf die Staatsmittel gewähre. Es seien ja im Etat auf jeder Seite für bestimmte Bezirke, Berufsartikel und Confectionen gewisse Summen ausgeworfen, ohne daß sich jemand dadurch benachtheiligt fühle. Er halte es für seine Pflicht, zu constatiren, daß der Abg. Mottly es ausdrücklich abgelehnt habe, die Frage zu beantworten, ob die Polen noch auf eine Wiederherstellung des Polenreiches hinarbeiteten. Die Gründung der vorgeschlagenen Fonds sei ein Gegenzug gegen die großen Organisationen, mit welche die polnische Agitation seit 1840 die ehemals polnischen Landestheile überzogen habe. Der Marziflowitsche Verein für Polen und der Verein zur Bildung der polnischen Jugend für Westpreußen hätten schon Tausende von Stipendien an Studenten und Gymnasialisten ertheilt und dadurch die Jugend für die großpolnische Agitation gewonnen, denn alles, was die polnische Agitation in die Hand nehme, bekomme bald einen weiß-rothen Anstrich. Schon wären an den meisten Universitäten Studentenverbindungen mit ausgesprochen polonistrenden Zwecken gegründet, die in ihren Vorträgen fast ausschließlich die polnischen Aufstände behandelten, es seien hierin auch panlawistische Ideen zur Geltung gekommen und sie hätten schon unter einander einen Bund geknüpft, der selbst mit Pariser und Schweizer Vereinen die Fühlung habe. Derartigen Bestrebungen gegenüber sei es Pflicht der Staatsregierung, den an dem Staatsverbande festhaltenden Gliedern die Mittel zu gewähren, ihre Kinder so zu erziehen, daß sie später in jenen Landesstellen zum Heile nicht nur der deutschen, sondern auch der polnischen Nationalität wirken könnten.

Abg. Szmulia bekämpft als Oberschlesier die Vorlage. Die Tendenz der letzteren, daß nur Kinder deutscher Eltern Stipendien erhalten sollten, sei absolut verwerflich. Womit hätten die lokalen polnisch sprechenden Oberschlesier eine solche Behandlung verdient? Infolge der neuen Polengesetze herrsche in Oberschlesien ohnehin große Aufregung und schreite man auf dem jetzigen Wege fort, so öffne man der

polnischen Propaganda auch in Oberschlesien Thier und Thor. Man werde mit dem Polengelege ebenso Hiasse machen, wie mit den Ringelegen.

Abg. Dr. Windthorst spricht zunächst seine Ansicht aus, daß die gegenwärtige antipolnische Stimmung sich ebenso verlaufen werde wie die Kulturkampfstimmung. Der vorliegende Nachtragsetat verfolge entschieden gegen den Art. 4 der Verfassung, nach welchem alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind. Viel zweckmäßiger würde es sein, aus Privatmitteln Stipendien zu stiften für talentvolle junge Leute, die das Vermögen nicht haben zu studieren, während viele reiche Leute sich jetzt dem Studium widmen, welche viel besser den Pfug führen. Die Stipendien, welche vorzugsweise an die Söhne der Beamten und Pastoren verteilt werden würden, sollen ein wesentliches Element der Förderung der Protestantisierung sein; katholische Theologen würden wohl an denselben nicht partizipieren. Durch die Stipendien sollen die jungen Leute gegen die Polen dressiert werden und deshalb würden dieselben als Streber nirgends Vertrauen finden. In jeder Beziehung erscheine ihm die Vorlage verderblich und auch in finanzieller Beziehung sehr bedenklich.

Der freiconservative Regierungspräsident Abg. v. Tiedemann (Coblenz) erhebt in den Ausführungen des Vorredners nur Phrasen, was aber nicht verwunderlich sei, da Windthorst nie in Polen gewesen. Die Polen sonderten sich immer mehr von den Deutschen ab. Während sie vor 20 Jahren noch mit den Deutschen einig und gesamt hätten, werde jetzt durch die polnische Agitation die Kluft zwischen Deutschen und Polen immer mehr erweitert. Dem müsse entgegen getreten werden, indem man den polnischen Gegenden mehr gebildete Elemente zuführe, um zu assimilieren.

Abg. Dr. Frhr. v. Schorlemer-Alst. wundert sich über die Deutung, welche der Kultusminister dem Art. 4 der Verfassung gegeben; hier handle es sich um die Frage: Soll Confession, soll Sprache die Preußen vor dem Gesetze ungleich machen? Das verbiete aber Art. 4. Und diese ministerielle Declaration werde rechts und links ruhig aufgenommen! — Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen des Abg. Tiedemann. Die schwerwiegenden Verfassungsbedenken, die Abg. Windthorst vorgebracht habe, könne man nicht einfach damit abthun, daß man sage, das sind Phrasen. Wenn die Polen sich von uns absondern, so sei das bei der Behandlung, die man ihnen angedeihen lasse, ganz natürlich. Diese Stipendienfonds würden nur den Strebern, den Polenfeindern und solchen, welche protestantisieren wollen, zu Gute kommen, aber den Zweck des Germanisierens nicht erreichen. Mit dem Germanisieren verfolge man aber zugleich den Zweck des Protestantisierens, und wie man die Polen damit noch mehr erbittere, so mache man zugleich einen Anstoß gegen den Helsen, an den schon andere Schadel zerbrochen sind.

Abg. v. Rauchhaupt (cons.) ist überzeugt, daß nur noch die Germanisierung helfe, da sich die Polen nicht assimilieren lassen wollten. Er ist überzeugt, daß das Centrum trotz der Verbannung des kirchlich-politischen Friedens hier die polnische Agitation unterstützen. Dieses Verlassen des „nationalen Standpunktes“ hätte er vom Centrum nicht erwartet, und die Neben, welche heute von Rednern des Centrums zu Gunsten der Polen gehalten seien, mißten das Mißtrauen gegen das Centrum nur von neuem schüren. Redner empfiehlt schließlich die Vorlage.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) erwidert dem Abg. v. Tiedemann, daß, wenn es vor 20 Jahren besser gewesen, in die Zwischenzeit der Kulturkampf und der geistliche und administrative Feldzug gegen die Polen falle. Da könne man von letzteren doch keine besondere Liebe zu den Deutschen erwarten. Die polnischen Studentenvereine bezweckten nur die Pflege der polnischen Sprache.

Kultusminister v. Götter bekräftigt das Letztere. Er erinnert daran, daß in den 40er Jahren, als die Polen sehr wohlwollend behandelt worden, sich auf den polnischen Gymnasien Verbindungen organisiert hätten, die sich später unter Führung der Lehrer am Aufstand beteiligten. Die polnischen Abgeordneten betrachteten sich hier nur als polnischer Landtag im preuß. Landtag und bildeten nach der polnischen Presse nur den Kern, an den sich später die übrigen Vertreter des polnischen Volkes anschließen würden.

Hierauf wird unter Bravo-Rufen der Reden die Debatte geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Frhr. v. Schorlemer-Alst. Der Abg. v. Rauchhaupt hat uns vorgeworfen, wir verließen den nationalen Standpunkt und riefen dadurch Mißtrauen gegen das Centrum hervor. Wir sprechen hier unbedenklich darum, ob wir dadurch Mißtrauen oder Vertrauen erregen, Vortheile oder Nachtheile haben, lediglich nach unserer Ueberzeugung und werden immer so sprechen, wenn es dem Wohle des Vaterlandes dienlich ist. (Bravo im Centrum.)

Abg. Dr. Windthorst. Ich erwidere dem Abg. v. Rauchhaupt, wir haben so, wie heute, immer gesprochen, weil wir es für recht halten, und wir werden ferner so sprechen, weil es recht ist. Jede polnische Agitation, welche sich gegen die Verfassung und den preuß. Staat lehnte, würde ich entschieden mißbilligen.

Der Antrag Porck wird abgelehnt und die beiden Positionen von der Rechten und den Nationalliberalen angenommen.

Zur Förderung des deutschen höheren Mädchenschulwesens in Westpreußen, Polen und Ostpreußen hatte die Regierungsvorlage 100000 M. angelegt. Die Commission hat diese Summe auf 50000 M. ermäßigt.

Die nat.-lib. Abgg. Dr. Schlager und Dr. Wichhoff beantragen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, da die Summe von 100000 M. gerade nur ausreichte, um die dringenden Bedürfnisse zu befriedigen. Besonders auf das weibliche Geschlecht müsse man einwirken, da dies bisher der Germanisierung am gefährlichsten gewesen sei.

Reg.-Commissar Geh.-Oberregierungsrath Schneider tritt diesem Antrag bei; man müsse die Schulen vermehren, damit die Eltern ihre Kinder im Hause behalten könnten. Auch dies sei ein Mittel, den Beamten jene Provinzen wohlthuer zu machen.

Abg. Dr. Windthorst erklärt, gar nichts für den gedachten Zweck bewilligen zu können, weil er ein principeller Gegner der höheren Mädchenschulen in ihrer jetzigen Einrichtung sei. Dort würden die Mädchen mit Vielem bebelagt, was ihnen nichts nütze; was ihnen nützen könnte, lernten sie jedoch nicht, und namentlich der Religionsunterricht, den sie dort genöthigt, sei völlig ungenügend.

Der Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, für den außer den Nationalliberalen nur ein kleiner Theil der Rechten stimmt, wird hierauf abgelehnt und nur 50000 M. bewilligt.

Der Rest des Nachtragsetats wird ohne Debatte angenommen bis auf einen Titel, wo zu Elementarschulbauten 2000000 M. verlangt werden. Hier beantragte der deutsche Abg. Dr. Dietrich, den Fonds auch der Provinz Ostpreußen zu Gute kommen zu lassen.

Der Kultusminister tritt diesem Antrage entgegen, da es unzulässig sei, bei Gelegenheit einer in bestimmten politischen Rahmen sich bewegenden Vertheilung auf andere Provinzen hinüberzugreifen.

Abg. Dr. Windthorst ist gern bereit, für Schulbauten die erforderlichen Mittel zu gewähren, wo das Schulinteresse es verlange. Diefem aus politischen Rücksichten zu bildenden Fonds könne er jedoch nicht zustimmen, da die Schule nicht politischen Zwecken dienlich gemacht werden dürfe.

Von der „geschlossenen Majorität“ der Mittelparteien wird der Antrag Dietrich verworfen und die Position bewilligt.

Der übrige Theil des Nachtragsetats wird ohne Debatte genehmigt. Samstag Antrag Kröpfisch: Die Gleichstellung der Lehrer an nichtstaatlichen Anstalten.

Deutschland.

OPO. Berlin, 28. Mai. Dem Bureaudirector des Reichstags, Geh.-Rath Knack ist vom Könige von Sachsen das Ritterkreuz I. Classe des Albrechtsordens verliehen worden. — Vom Abg. Riedert und den übrigen deutschfreisinnigen Mitgliedern der Brauntweinsteuer-Commission ist in der gestrigen Commissionssitzung folgender Antrag eingebracht worden:

Die Commission wolle beschließen: Die Herren Vertreter der Bundesregierungen um folgende Auskunft zu ersuchen: 1. stehende Mehrausgaben des Reichs in Aussicht, zu welchen Zwecken und in welcher Höhe? insbesondere für die Etats des Reichsheeres und der Kaiserl. Marine? 2. welche Einzelstaaten sind für die Deckung ihrer Bedürfnisse resp. Mehrebedürfnisse auf die erhöhte Brauntweinsteuer angewiesen? für welche Bedürfnisse bez. Mehrebedürfnisse? 3. für welche Mehrebedürfnisse, in welcher Höhe und in welcher Reihenfolge sollen speciell in Preußen die Ueberweisungen aus der zu erhöhenden Brauntweinsteuer verwendet werden? insbesondere in welchem Umfange sind in Preußen Ueberweisungen aus Reichs- bez. Staatssteuern an die Kommunen und Communalverbände in Aussicht genommen? 4. an welche Kommunen bez. Communalverbände, nach welchem Maßstabe, zu welchen Zwecken, und in welcher Höhe sollen die ad 3 bezeichneten Steuern überwiesen werden?

Nach den Auslassungen des Finanzministers in der Commission ist derselbe wenig geneigt, diesem Antrage stattzugeben. — Im „Westf. Merk.“ lesen wir: „Die Nordb. Allg.“ richtet in ihren Nummern 239 und 241 wiederum Angriffe gegen den Abg. Windthorst. In dem ersten genannten Artikel wird anlässlich der socialdemokratischen Interpellation über die Beschränkung des Versammlungsrechtes in Berlin die Wahrheit folgendermaßen auf den Kopf gestellt:

Der Coalition gegenüber, welche aus Socialdemokraten als Antikristen, Polen, „Deutschfreisinnigen“ und Volksparteiern als Gros und schließlich aus Herrn Dr. Windthorst — nicht aus dem Centrum — als Soutien bestand etc.

Dieser Auffassung entgegen, weiß die ganze übrige Welt, daß Windthorst gegen die Besprechung der Interpellation gestimmt, und in seiner Rede die Unterstützung der socialdemokratischen Beschränkung abgelehnt hat.

In Nr. 241 der „Nordb. Allg.“ werden sodann einige Phantasien des „Schwäb. Merk.“ über den Verfall des Centrums abgedruckt, dessen eine Hälfte dem — Herrn Bischof Kopp folgen soll, und da heißt es eifrig:

Aber vorläufig schwingt Windthorst noch den Tactstab, und ein Welle kann nie Schibboleth werden.

Wir sagen der „Nordb. Allg.“ zum hundertsten Male, daß ihre Bemerkungen in dieser Richtung vergeblich sind, und immer vergeblich sein werden, daß ferner es vom Standpunkte der Regierung aus eine Thorheit ist, einen so confusen gefärbten Mann wie Windthorst unangeseht anzugreifen.

„Deutschfreisinnige“ Krakehlerei. Obwohl die ganze Centrumpresse einmüthig gegen die Brauntweinsteuer ist, so giebt doch die Zurückhaltung der Commissionmitglieder aus dem Centrum der fortschrittlichen Presse Anlaß zum Mörgeln. Das Centrum hat nun allerdings am wenigsten nöthig, auf Weisfall von jener Seite zu warten; immerhin aber muß es befremden, daß von der Richter'schen Presse mit einer geradezu nervösen Hast alles angegriffen wird, was nicht direct im Richter'schen Fahrwasser liegt. Ob es von der „Deutschfreisinnigen“ politisch klug ist, es mit aller Welt zu verderben, ist dahingestellt. Nachstehend geben wir einen Auszug aus der „Corr. Münt.“, welcher wir durchaus zustimmen: Jeder Versuch mittels Contingentierung, Riesenammelbassins im Vennereimonopol zur Ausschraubung der Preise herbeizuführen oder die Exportprämien unnatürlich zu erhöhen, wird lebhaften Widerspruch in den Kreisen unserer Partei wahrnehmen. „Die Centrumpartei will keine Verstaatlichung der Schullasten, weil es die Verstaatlichung der Schule selbst perhorrescirt.“

„Die furchtbare Eile und die ganze sachlich unmotivirte „Dringlichkeit“ erregt im Volke mißtrauische Gedanken. Man fürchtet, daß die außerordentliche Eile mit der bevorstehenden Erneuerung des Militärgesetzes in Zusammenhang stehe. Unsere Vertreter können überzeugt sein, daß das katholische Volk die abschließende Revision der Waagesteuer für viel, viel dringlicher hält, als die Erhöhung der Brauntweinsteuer.“

Zutreffend ist auch die nachstehende Bemerkung über die Wähler der Centrumpartei. „Unsere Wählerschaft im ganzen Westen und Süden, sowie auch in einem großen Theile Schlesiens, hätte nichts dagegen, wenn die Fraction sich ein einfach abnehmendes Verhalten gestalten dürfte. Kartoffelschnapsfabriken und preussische „Steuerreform“ sind ihr zwei verdächtige und unsympathische Artikel, mit denen sie am liebsten gar nichts zu thun hat.“

— Gesprochen und entschieden sich gegen die Steuer-vorlage zu erklären, fordert das „Gasthaus“ den Gastwirths-verband auf. Nur wer auf einem Umweg zum Monopol gelangen will, mag sich von solcher Stellungnahme ausschließen. Es handelt sich hierbei nicht mehr blos um Abwehr einer moralisch drückenden und geschäftlich föhrenden Ueberwachung, einer Reihe lästiger Vorschriften und angebrohrter, schwerer Geldbußen und Freiheitsstrafen, sondern auch um die alleinige und unvermittelte Uebernahme einer Steuerlast, die sich bis zu vielen Millionen von Mark steigern wird.“

— Der Reichstags- und Landtags-Abgeordnete für Kroschitz-Bleschen, Propst v. Jazdzewski in Buni, feierte am Dienstag sein 25-jähriges Priester-Jubiläum. Der Kurzer Bog. beglückwünschte denselben zu diesem Tage, indem er den Jubilar als einen eifrigen Hirten seiner Pfarodie, einen wackern Vertheidiger der Rechte der polnischen Sprache, einen bedeutenden Gegner der Waagesteuer, welche er glänzend bekämpft habe, und einen wahren Sohn der Kirche und des Vaterlandes“ bezeichnete.

— Aus Anlaß des kirchenpolitischen Gesetzes sandte der Bildhauer und Künstler der St. Marienkirche zu Spandau, Bernhard Reiberg, eine von ihm selbst gefertigte Büste des h. Vaters an den Fürsten Bismarck, um ihm zu danken, daß wieder „ein mildes Maßkräftchen wehen wird.“ Darauf sandte der Fürst dem Bildhauer folgendes eigenhändige Dankschreiben:

„Friedrichsruhe, 21. Mai. Ew. Wohlgebornen haben mich durch die Ueberreicherung der, wie ich glaube, gelungenen Büste Sr. Heiligkeit des Papstes sehr erfreut, und ich bitte Sie, meinen verbindlichsten Dank für Ihre liebenswürdige Aufmerksamkeit entgegenzunehmen.“

„v. Bismarck.“ Köln, 28. Mai. Auf einer hier tagenden Versammlung rheinisch-westfälischer Philologen wurde eine Adresse an den Reichskanzler beschlossen, in welcher es u. a. heißt:

„Als Vertreter der beiden, nahezu die gesamten akademisch gebildeten Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten von Rheinland und Westfalen umfassenden Philologenvereine bitten die unterzeichneten Vorstände derselben Ew. Durchlaucht, den Ausdruck des tiefsten Dankes entgegenzunehmen zu wollen für die Ueberweisung der Städtischen zu Ihrem 70. Geburtstage von der deutschen Nation dargebrachten Ehrengabe zur Begründung der „Schönhäuser Stiftung“ für Professoren des höheren Lehramts. Ew. Durchlaucht haben dadurch unsern Stand nicht nur aufs Ehrenvollste ausgezeichnet, sondern auch ein Werk geschaffen, welches auf ferne Zeit hin demselben äußerlich zur Wohlthat, geistig zum Segen gereichen wird.“

In einer durchaus zutreffenden Kritik dieses Beschlusses sagt die „Rdn. Ztg.“:

„Die Nachricht von der Schönhäuser Stiftung für Professoren des höheren Lehramts ist bekanntlich gerade in philologischen Kreisen mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden, und nicht überall theilt man die Ansicht der Unterzeichner der Adresse, daß durch die Stiftung der „Stand aufs Ehrenvollste ausgezeichnet“ sei. Wir erinnern nur an eine kurz nach Bekanntwerden der Stiftung laut gewordene Stimme, welche gewichtige Bedenken gegen dieselbe geltend machte und mit der Bemerkung schloß, die Philologen verlangten keine Geschenke, sondern ihr Recht.“

Berlin, 29. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm in zweiter Beratung den entscheidenden §. 1 des Antrages Kröpfisch betreffend Gleichstellung der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten an. Dagegen stimmten das Centrum, sowie einzelne National-Liberalen und Conservative. Frhr. v. Hüne erklärte, das Centrum stimme gegen den Antrag, weil er in die Gemeinbedenke eingreife. Dagegen sprach auch Hobrecht. Der Kultusminister befehlt der Regierung die Stellungnahme vor. Er hat persönlich nichts gegen den Antrag einzuwenden; nur die Mehrkosten könnten Bedenken veranlassen.

Auch der Rest des Antrages wird unter erheblicher Debatte nach den Commissionsbeschlüssen angenommen. Nächste Sitzung Dienstag.

Berlin, 29. Mai. Die Conservativen haben einen Antrag betreffend der Brauntweinsteuer eingebracht. Derselbe beruht auf dem Princip der Zwangsangehörigkeit. Sämmtlicher Brauntwein soll in Lagerhäusern gehen, ausgenommen der aus nicht mehligen Stoffen und aus reinem Getreide bereiteter; Steuerbefreiung sind im Entwurf noch nicht festgelegt.

Wiesbaden, 28. Mai. Der feierliche Einzug der Katholiken in die bisher von den Protestanten benutzte Kirche wird kommenden Donnerstag (Himmelfahrtstag) stattfinden.

Schweiz.

Bern, 23. Mai. Das Project des Simplicondurchstiches tritt wieder in den Vordergrund. Von den interessirten Cantonen wurde eine Commission von Fachmännern bestellt, die die verschiedenen Projecte, deren bereits Region ist, prüfen und über das Ergebnis ihrer Studien Bericht erstatten soll. Am 19. d. M. hat sich diese Commission in Lausanne versammelt und die ersten zwei Tage dort Sitzung gehalten, soll dann einen Ausflug nach dem Simplicon bis Domo d'Ossola machen und nach Lausanne zurückkehren, dort noch eine Sitzung zur Fixirung des Protocolls abhalten. Möglich, daß das neulich aufgelauchte und beim Bundesrathe hinterlegte Begehren der Concession einer Linie Brig-Airolo mit Anknüpfung an die Gotthardbahn die Arbeiten für den Simplicon aufs Neue in Fluß bringt.

Frankreich.

Paris, 26. Mai. Die XV. französische Katholikerversammlung nahm gestern ihren Anfang. Morgens 8 Uhr wurde dieselbe eingeleitet durch einen feierlichen Gottesdienst in der Kirche St. Thomas d'Aquin; Nachmittags kamen die verschiedenen Ausschüsse zu einer ersten Verathung zusammen und Abends 8 Uhr fand im großen Saale der geographischen Gesellschaft unter dem Ehrenpräsidium von Mgr. Richard, Coadjutor des Pariser Cardinal-Erzbischofs, die Eröffnungssitzung statt, wobei Senator Chesnelong, ständiger Präsident der französischen Katholikerversammlung, eine längere Rede hielt über das gegenwärtig so brennende Thema der Trennung der Kirche vom Staat, die von den Kirchenfeinden dabei verfolgten Ziele und Bestrebungen blos legte und zu deren Abwendung die französischen Katholiken zu immer größerer Einigkeit ermahnte. In diesem Sinne sprach auch Mgr. Richard, welcher der Versammlung zum Schluß den erzbischoflichen Segen erteilte. Den Segen des h. Vaters erteilte die Versammlung per Telegramm. Ein gestriges Telegramm aus Nazareth meldet die dafelbst gläulich erfolgte Ankunft der französischen Pilgercaravane, deren Gemüthsfinden als überaus günstig geschildert wird. Die Stimmung der 400 Pilger sei eine ungemein gehobene und deren Begeisterung beim Betreten des h. Landes eine unbeschreibliche gewesen. — In Frankreich mehren sich, wie ein Correspondent der „Germania“ berichtet, inzwischen die frevelhaftesten Kirchen-scandale in geradezu beunruhigender Weise. Neben den Excessen in Troyes, sind auch in Vor-

beaux, wo die Weiße ungeführt und in Burche währ — Hochrufe des Gottesdien-

Rom, 28. dem Vatican Kirchen - po nahe sein.

Rom, 28. men Beitarthe Schwarzen großer Verä schen De Re würdige Ge Bräde diese verlaffen, di Sandelsdorf Macht und f ten Befuches Berträge der Robilant der

New York Most und ge

Gefichte des

Rummebr auch eine R Brüdern in troß (115 Tagebl. auf Führung der ersten Viertel Dörfer vollz nen in deutli fand sich der Auf der der „Abatru und Julia z waren. Bei die Marinem durch den B weise mit g erst nach ein ertelten keine

Wabann in verschiede balen fette knochen; die zierten die nach Ber nach der Z um in Rab den berichtig schiedenen B nicht. Da Snibergem

Die Nat und bemüht Die Wilden griffen die V fast zweistän verwunde Angel in de Spere an I der Speer d Wurf that, Sinfenden h Verleiten h

Wären größt an den Nordene der Kamp große Verle beten wurde noch fünf und 70 M sich die Wil niemals lan wadern boren en l geschöten. außerdem kannt. Di von Untern den Abatru mit Rehpvo vom Gewel Schramme. das Gros überfallen Nachber troß mit 4 am 11. M wundeten bekannt — Diese meden i schen Col

[] Ne Sen kistör

der Kirche und des
en Gefehes sandte
ntliche zu Spandau,
gefertigte Hüfte des
um ihm zu danken,
gen wird." Darauf
endes eigenhändige

Brühe, 21. Mai.
die Ueberwindung der,
iligkeit des Papstes
verbindlichen Dank
entgegenzunehmen.

v. Bismarck.
den Verammlung
ne Adresse an den
a. heftig:

unten akademisch ge-
alten von Rheinland
itten die unterzeichneten
Ausdruck des tiefsten
verweisung der Götter-
ischen Nation darge-
mit der Vermer-

ne Gefenke,

etenhau nahm
1 des Antrages
rer an den höhern
das Centrum,
nferative. Betr.
en den Antrag,
gegen sprach auch
r Regierung die
ichts gegen den
binten Bedenken

erheblicher De-
nommen. Nächste

haben einen An-
bracht. Derselbe
schaft. Sammt-
n, ausgenommen
nem Getreide be-
stehet.

ge Einzug der
tholiken benutzte
sahrtätig) statt-

simpson durch-
Von den inter-
von von Sach-
deren bereits
rer Studien Be-
diese Commission
age dort Sitzung
a Simpson bis
rückgekehrt, dort
ocolls abhalten.
im Bundesrathe
nie Brig-Mitrolo
arbeiten für den

ische Katho-
fang. Morgens
erlichen Gottes-
mittags kamen
Beratung zu-
Saale der ge-
präsidium von
nal-Erzbischofs,
Hessensong,
nversammlung,
so brennende
die von den
treibungen bios
n Katholiken zu
diesem Sinne
Versammlung
e. Den Segen
gramm. Ein
dieselbst glück-
er caravane,
schlibert wird.
mein gehobene
andes eine un-
ren sich, wie
rnmühiger
auch in Vor-

bezug, wo kürzlich ein Haufen freches Gefindel in schändlichster Weise ungestraft die Maiandacht in einer dortigen Kirche störte und in der heiligen Dreieinigkeitskirche, wo ein junger Bursche während der Predigt — ebenfalls in der Maiandacht — Hochrufe auf die Commune ausbrachte, arge Störungen des Gottesdienstes vorkamen.

Italien.

Rom, 28. Mai. Directe Verhandlungen zwischen dem Vatican und der heftigen Regierung in der kirchenpolitischen Frage sollen dem Abschlusse nahe sein.

Rom, 28. Mai. 'Dritto' betrachtet in einem bedeutsamen Zeitartikel die Wiedereinrichtung der russischen Flotte im Schwarzen Meer und die Reden in Moskau als Anzeichen großer Veränderungen, als Vorboten eines Krieges zwischen Oesterreich und Russland, der nur durch die ehrwürdige Gestalt des deutschen Kaisers verhindert werde. Brüche dieser Krieg aus, dann müsse Italien eine Politik verfolgen, die ihm den Verlust seines Einflusses und seiner Handelsvorteile im Orient, die Erholung der päpstlichen Macht und seinem König die Beleidigung eines nicht erwiderten Besuches eingetragen hätte. Im März 1887 laufen die Verträge der Tripelallianz ab; dann müsse man fragen, ob Russland der Mann sei, das Nothwendige zu thun.

America.

New York, 29. Mai. Gegen den Wahrspruch welcher Most und genossen schuldig spricht, ist Appellation eingelegt.

Gefechte des Kanonenbootes Albatros mit den Eingeborenen im Bismarck-Archipel.

Nunmehr ist zu dem Kanonengefechte für unsere Marine auch eine Reihe von Gefechten mit den neuen deutschen Brüdern in der Südsee gekommen. Das Kanonenboot Albatros (115 Mann und 4 Geschütze) hat, wie nach dem 'Verl. Tagbl.', australische Blätter vom 12. April berichten, unter Führung des Capitänleutnants Graf v. Daudhoff in dem ersten Vierteljahre dieses Jahres eine Reihe Expeditionen gegen Dörfer vollzogen wegen räuberischer Einfälle der Eingeborenen in deutsche Niederlassungen. Am Bord des Albatros befand sich der Reichscommissar in Matupi von Dörken.

Auf der Insel Neu-Neckland (früher Neu-Grönland) hat der 'Albatros' durch Verbündung die Dörfer Capia, Bibidori und Lufua zerstört, welche von den Eingeborenen verlassen waren. Beim Dorf Lufua griffen die Eingeborenen aber die Marinemannschaften nach einem mehrstündigen Kampfe durch den Busch zu wiederholten Malen an, und zwar theilweise mit gezogenen Büchsen, sochten täufer und flohen erst nach einem Verluste von 9 Mann. Die Albatrosleute erlitten keine Verluste.

Alsdann wurde das Dorf Kolonus zerstört. Man fand in verschiedenen Hütten die Spuren kaum bendender Kannibalensekte, von Feuer und Rauch geschwärmte Menschenknochen; die noch frischen Köpfe der Emorobeten zierten die Wände.

Nach Verführung des Dorfes Rabien dampfte der Albatros nach der Insel Neu-Pommern (früher Neu-Britannien), um in Rabakabai an der Nordküste der Gazellenhalbinsel den berühmten Towering, welcher 25 Morbithaten zu verschiedenen Zeiten begangen hatte, einzufangen; dies gelang nicht. Dagegen leisteten die Einwohner, mit gezogenen Snidergewehren bewaffnet, lebhaften Widerstand.

Die Marinemannschaften waren zur Nachtzeit gelandet und bemühten sich, das Dorf in aller Frühe zu überumpeln. Die Wilden aber hatten sich in den Gebüsch verborgen und griffen die Albatrosleute während ihres Marsches an; in dem fast zweistündigen Gefechte wurden acht deutsche Matrosen verwundet, zwei erhielten Kugeln in die Schulter, einer eine Kugel in den leichten Theil des Armes, drei wurden durch Speere an der Schulter verwundet, darunter einer schwer, der Speer drang sechs Zoll tief ein; der Wilde, der diesen Wurf that, wurde von einem der Kameraden des zu Boden sinkenden sofort durch den Kopf geschossen. Die übrigen drei Verletzten hatten leichtere Sperrwunden.

Während des Gefechtes warf der 'Albatros' aus der größten an Bord befindlichen Kanone 25 Bomben und aus den Nordendfeldgeschützen 150 Kartätschenschüsse in das Dorf; der Kampf ward an diesem Tage, nachdem die Wilden große Verluste erlitten hatten, abgebrochen; die Verwundeten wurden auf das Schiff gebracht. In der Folge landete noch fünf Mal nach einander das aus 3 Officieren und 70 Mann bestehende Landungscorps; jezt zeigten sich die Wilden jedoch nur noch ausnahmsweise und hielten niemals lange Stand. Im Ganzen schlugen sich unsere wackeren Albatrosleute zehn Tage mit den Eingeborenen herum, ungefähr zwölf Schornmügel wurden ausgeschossen. An todtten Wilden wurden 45 gezählt, wie viele außerdem noch gefallen, bezw. verwundet wurden, ist unbekannt. Die Schwarzen sochten tapfer und geschickt; von Unterwerfung wollten sie absolut nichts wissen. Von den Albatrosleuten wurden noch zwei verwundet, der eine mit Kopfstößen am rechten Arm, der andere erhielt von einer vom Gewehrlauf abgeprallten Kugel eine ganz unbedeutende Schramme. Diese beiden Matrosen standen gerade, während das Gros rastete, auf Vorposten, als sie von den Wilden überfallen wurden.

Nachdem die Rüstigung beendet war, dampfte der Albatros mit 4 Gefangenen als Gefeln nach Sidney, wo er am 11. April eintraf. Das Gefangenensammeln aller Verwundeten — die Namen derselben sind vorläufig nicht alle bekannt — war ein durchweg befriedigendes.

Diese Vorgänge sind nicht sehr vertrauenswürdig, weßhalb in Bezug auf die Zukunft der neuen deutschen Colonien im Bismarck-Archipel.

Rheinland-Westfalen.

[3] Neuf, 30. Mai. In aller Stille beging heute Herr Sanitätsrath Dr. Hefersberg das Jubiläum seiner 50-

jährigen Thätigkeit als Arzt des hiesigen Hospitals. Nach vorhergegangenem feierlichen Gottesdienste empfing der allverehrte Herr Jubilar sowie seine hier anwesenden Familienangehörigen die heilige Communion, nach welcher Herr Rector Flecken in einer sehr zu Herzen gehenden Ansprache die vielen Verdienste hervorhob, welche der Herr Sanitätsrath sich in dieser langen Reihe von Jahren um die armen Kranken erworben. Dem Wunsche, den der Herr Rector am Schlusse seiner Ansprache Ausdruck gab, daß es dem verehrten Jubilar vergönnt sein möchte, noch lange Jahre in unserer Mitte zu weilen, schließt sich die gesamte Bürgerschaft von Herzen an.

Neuf, 29. Mai. In der verfloßenen Woche wurden durch die Polizeibehörde 40 Brodtagen abgekempelt, wonach sich die Preise eines Schwarzbrodes im Gewichte von 6 Kilo, wie folgt stellten:

1 Bäder resp. Verkäufer	0,88 M.
3	0,90 "
16	0,92 "
20	0,96 "

— Dieser Tage wurde von der Promenade bis zum Markt eine 50 Mark-Rolle in Einmarckfäden verloren.

— Verfloßene Nacht wurde in die Selterwasser-Bude am Oberthor eingebrochen. Da jedoch Abends vorher alles weggerräumt war, konnten die Einbrecher außer einigen leeren Flaschen nichts mitnehmen.

— Heute Mittag 1/2 vor 1 Uhr passirte an der hiesigen Bahn in der Nähe des Bahn-Überganges ein größliches Unglück. Der 54-jährige Sohn des Rangarbeiters B. von hier, welcher seinem Vater das Essen brachte und in dem Augenblicke als der Röll-Kempener Personenzug einfuhr das Geleise überkreuzen wollte, wurde von der Locomotive des Zuges erfasst und mitten zwischen das Geleise geworfen. Hernach wurde er wahrscheinlich durch den Wschaffen mitgeschleppt und im Angesichte seines Vaters zu einem unförmlichen Fleckchen gerathen. Einem Andern ist die Schuld nicht zuzuschreiben. Wir können nicht umhin, wiederholt auf die große Gefahr hinzuweisen, welche die Uebergänge an verkehrsreichen Stellen mit sich bringen, wenn auch in diesem Falle das Unglück nicht direct dadurch verursacht wurde.

— Heute Nachmittag zog ein großer Luftballon langsam vom Rheine herkommend über unsere Stadt.

Düsseldorf, 29. Mai. Die Weinger beginnen am Mittwoch den 2. Juni ihr Gastspiel mit der Wallenstein-Trilogie von Schiller, einer Vorstellung, mit der sie überall die größte Sensation erregen. Sammtliche Rollen befinden sich in den Händen vorzüglich bewährter Darsteller; das gesamte Personal des Hoftheaters sowie eine große Anzahl Statisten wirken mit. Die Ausstattung ist eine überaus glänzende, wahrhaft fürstliche. Die Wallenstein-Trilogie wird 2- bis 3mal hintereinander wiederholt, eine spätere Wiederholung kann der überaus schwierigen Fälschung wegen nicht stattfinden. Hofrath Chronogel, der Leiter des Hoftheaters, trifft in den nächsten Tagen hier ein, um die Vorbereitungen zu den Gastspielen zu treffen.

Wipperfurth, 28. Mai. In der ganzen bergischen Gegend hat das Gewitter am verfloßenen Sonntag großen Schaden angerichtet. In einzelnen Distrikten ergoß sich ein wolkenbruchartiger Regen und stürmte felsen schwere Hagelgeschosse. An vielen Stellen schlug der Blitz ein. In Much brannte ein Gehöft fast vollständig nieder. Ebenso brannte in Bokwinkeln ein Haus fast gänzlich ab. Am schwersten wurde ein Wirth in Frohenhausen bei Hülleswagen heimgeführt. Der Blitz zündete das Haus an, und in kurzer Zeit war das ganze Haus sowie die anliegenden Gebäude eingestürzt. Nichts konnte gerettet werden als das nackte Leben der Bewohner. Ein Kind, drei Schweine, ein Hund sowie sammtliche Hühner fanden in den Flammen ihren Tod.

Ensfeld, 28. Mai. Die Wiederwahl des Herrn Bürgermeisters Selbach ist laut 'Eust. Bl.' von der königl. Regierung auf die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren bestätigt worden. Die aus diesem Anlaß von der hiesigen Bürgerschaft geplante Kundgebung, bestehend in einem großartigen Fackelzuge wird in Rücksicht auf den jüngst stattgehabten Brand nicht stattfinden, indem der Herr Bürgermeister den Wunsch geäußert, es möchten die zur Bekämpfung der Kosten aufzubringenden Gelder zur Linderung der von dem Brandunglück hart betroffenen armen Familien verwendet werden. Das Comite hat geglaubt diesem Wunsche entsprechen zu sollen und hat deshalb diese Gelder dem Herrn Bürgermeister zu Vertheilung überwiesen.

Köln, 29. Mai. Die Einführung des neuen Oberbürgermeisters durch den Regierungspräsidenten v. Sydow geschieht am Dienstag Mittag 12 Uhr im Hofsaale des Rathhauses, und zwar in einer außerordentlichen öffentlichen Sitzung, zu der also jeder Zutritt hat.

Wachen, 29. Mai. Erzbischofsfeier. Herr Oberbürgermeister Pöfner macht bekannt, daß das Festmahl, welches die Stadt Wachen dem Herrn Erzbischof bei dessen Anwesenheit in unserer Stadt veranstaltet, am Donnerstag nach Pfingsten, den 17. Juni, Nachmittags 5 Uhr, im großen Kurhaussaale stattfinden, und daß nach dem Festmahl die Stadt ihre öffentlichen Gebäude beleuchten wird. Es wird also an diesem Abend die allgemeine Illumination stattfinden. Weiter wird in der gedachten Bekanntmachung die Bürgerschaft angeregt, während des Aufenthaltes des Herrn Erzbischofs hier selbst, namentlich aber zu dessen Empfang, am Pfingstmontag, ihre Häuser zu beflaggen und am Abend des 17. Juni zu beleuchten.

Mayen, 27. Mai. Gestern Morgen durchlief unsere Stadt die betrübende Kunde von einer Entweichung der Kapelle St. Veith. In derselben hat sich nämlich, nach der M. Bztg., gestern Morgen in der Frühe ein verkommenes, dem Schnapen ergebendes Subject mittels Erhängens das Leben genommen.

Gambach, 24. Mai. Der Trier. Landesztg. wird geschrieben: Jetzt, nachdem einige Tage seit der größten Brandnacht verfloßen, läßt sich das große Unglück, welches unsere friedlichen Landeute betroffen, allmählich überschauen. Mitten in der Nacht um 1—2 Uhr wurde in dem Hintertheile einer Strohscheune das bereits hoch aufleuchtende Feuer von einem zufällig erwachenden Manne bemerkt. Aufspringen,

Häuser, Menschen und Vieh retten, war das Werk des ersten Augenblickes. Durch Thüren und Fenster eilten die Menschen, um nur das nackte Leben vor dem rasch um sich greifenden Feuer zu retten. Inzwischen zischten und züngelten die gierigen Flammen nach allen Seiten, hoch auflodernd sprangen sie von Haus zu Haus, von Stall zu Stall, sodaß binnen wenigen Minuten die ganze Straße beiderseits in hellem Feuer stand. Der größte Theil der zerstörten Häuser war wohl mit Schiefer gedeckt; allein die hoch aufliegenden Feuergeräthe ergriffen die überstehenden Sparren an dem Traufende, und so verbreitete sich, namentlich auch durch die große Hitze, das Feuer rasch weiter. Nachdem die Lösgeräte herbeigekommen, begann ein verzweifelter Kampf gegen das wüthende Element; Schritt für Schritt nur wichen die wackeren Leute zurück, jeder günstige Punkt wurde bis auf äußerste gehalten und verteidigt. Doch erst in der Mitte des Dorfes an einer breiten Querstraße gelang es, da inzwischen von allen Seiten der Gegend Hülfe herbeigekommen war, dem Feuer in etwa Einhalt zu thun. Zwar sprang dasselbe noch an zwei Stellen über; aber die Vermuthung, wenn das Feuer noch weiter komme, das ganze Dorf rettungslos verloren sei, trieb die Anstrengung auf's Neue auf und zwischen 5 und 6 Uhr war man überall Herr des wüthenden Elementes. Aber welch' traurige Verwüstung! Neben dem großen Verluste an Häusern und Vieh betrauern wir den Tod einer braven, jungen Mutter von zwei Kindern, deren Mann schwer an Brandwunden darniederliegt, sowie einer erwachsenen Jungfrau, welche krank war und nicht gerettet werden konnte. Am Samstag Morgen begleitete die ganze Pfarrei in langem stillen Trauerzug die Dahingegangenen zur letzten Ruhestätte. Wir hoffen, daß die Uebrigen, welche noch an ihren schweren Brandwunden darniederliegen, uns erhalten bleiben.

Saarbrücken, 26. Mai. Laut der 'Sbr. Bztg.' haben die hier arbeitenden Zimmerleute am 22. Mai cr. in der Scherer'schen Wirthschaft eine Versammlung abgehalten, in welcher nach längerer Berathung beschlossen wurde, „an die ehrbaren Zimmermeister der Städte Saarbrücken und St. Johann“ eine Resolution mitzutheilen, wonach die Arbeitszeit auf sammtlichen Zimmerplätzen von Morgens 6 bis Abends 6 1/2 Uhr mit einer Frühstückspause 8—8 1/2 Uhr, einer Mittagspause von 12—1 Uhr und einer Beserhpause von 4—4 1/2 Uhr dauern und diese Arbeitszeit als Normalarbeitszeit angenommen werden soll. Als Normallohn werden 3,50 M., als Minimallohn 3,20 M. festgesetzt. Für Ueberstunden, Sonntags- und Ueberlandarbeiten werden besondere Stundenlöhne (50 resp. 40 Pfg.) gefordert. Die Meister sind aufgefordert, bis zum 26. Mai, Abends 8 Uhr, zu erklären, ob sie diesen Beschlüssen der Gesellen beitreten, andernfalls letztere die Arbeit einstellen werden.

Aus Westfalen, 27. Mai. Die in den letzten Tagen niedergegangenen Gewitter haben in Westfalen in vielen Gegenden erheblichen Schaden angerichtet. In der Arnsberger Gegend haben Blizschläge gezündet und sind mehrere Brände zu verzeichnen; der Bliz schlug auch in den Thurm der Propsteikirche, zertrümmerte die Schieferbedeckung und durchschlug das Gewölbe über dem Kreuzaltar. Auf dem Banke hat der Regen das Erdreich derart aufgewühlt, daß die Saatkartoffeln bloß liegen. In Arnsberg ist ferner der Bliz in die auf dem Klosterberge stehende Königseiche (so genannt, seitdem König Friedrich Wilhelm IV. unter ihr geweiht) eingeschlagen. Aus anderen Gegenden, so aus Hamm a. Sieg, wird Wasserstoth gemeldet; auch mehrere Menschenleben sind den Blizschlägen zum Opfer gefallen. Aus der Herföhner Gegend werden größere Brände in Folge Blizschlages gemeldet.

Land- und Volkswirtschaftliches.

Vom Niederrhein, 28. Mai. Auf die verzehrende Gluthitze der Tage vom 19.—23. d. ist eine der Jahreszeit angemessene erfrischende Witterung mit häufigem Regen gefolgt, so daß die schon vielfach vorhandene Befürchtung, daß die Feldfrüchte der Bekümmernung entgegengehen würden, vollständig verschwunden sind. Die Jahreszeit ist indeß zu weit vorgeschritten, als daß bei Roggen und Weizen eine so ausgezeichnete Entwicklung des Halmes möglich sein könnte, wie dies im vorigen Jahre der Fall war. Der Roggenhalm ist 3—4 Fuß groß und scheinen die Aehren nicht schwer zu werden. Die Blüthe ist bereits allenthalben eingetreten. Der Weizen hat sich erstaunlich gemacht, ist schon von Farbe, jedoch läßt sich das Zurückbleiben des Halmes nicht mehr ganz nachholen. Die Wintergerste hat durch Kälte und Trockenheit sehr gelitten. Dem Hafer thut der Regen sichtlich gut; für diese Frucht ist noch hinlänglich Zeit zur vollständigen Entwicklung vorhanden.

Der Flach ist in den letzten acht Tagen stark gewachsen; hierzu war es auch die höchste Zeit, da in ca. drei Wochen die Blüthe da sein muß. Der Klee liefert gegenwärtig ein reichliches Futter. Der Druck, welcher das vorwöchentliche Weizen- und Roggen-Geschäft nicht aufkommen ließ, bestand auch bis in die letzten Tage fort. Weizen war am wenigsten gefragt, behielt indeß seinen bisherigen Preisstand. Für Roggen kam wenigstens einige Frage auf, so daß auch hierbei keine Preisreduction stattfand. Braugerste behauptete, obgleich nur unbedeutende Abschlüsse zu ermöglichen waren, ihren bisherigen Preisstand. Futtergerste zeigte etwas festere Tendenz. Hafer seit einigen Tagen mehr gefragt, so daß Preise voll behauptet blieben. Buchweizen wenig angeboten, auch wenig gefragt bei unveränderten Preisen. Erbsen und Bohnen ziehen nicht mehr und mußten 1 M. billiger abgegeben werden. Mais zu Futterzwecken bei bisheriger Preisen leicht abzusetzen. Weizen-Voransch aufhaltend in bedeutendem Angebot bei geringer Frage und unveränderten Preisen. Buchweizenmehl geht anhaltend schlecht ab, hält sich indeß auf seitherigen Preisstand. Vollmehl zieht etwas mehr. (M. Bztg.)

— Im Duell erschossen. Am Dienstag fand in Würzburg ein Bistollenduell statt, bei welchem der eine der Duellanten, ein Mitglied des Corps Rhénania, tot auf dem Plage blieb.

